



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Geyer, Albin: Ungarn : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Spahn, als er in der Statsdebatte zum zweitenmal das Wort ergriff, an der Regierung Revanche für die Abweisung des Diätenbegehrens nehmen wollte — dem Zentrum ist dies in der Tat eine der bittersten Pillen, die man ihm hätte bieten können —; jedenfalls hat der Wortführer des Zentrums mit aller nur möglichen Schärfe erklärt, daß Ausgaben, für die in den eignen Einnahmen des Reiches keine Deckung zu finden ist, fortan entweder durch Erhöhung der Matrikularbeiträge bestritten werden oder aber, auch wenn sie als notwendig anerkannt worden sind, unterbleiben sollen. Bis auf weiteres ist dies des Zentrums letztes Wort.

Die ehemaligen Kartellparteien, Konservative und Nationalliberale, stehen selbstverständlich, wie schon immer in dieser Finanzreformfrage, auf seiten der Regierung. Aber damit ist wenig geholfen, solange das Zentrum in der starren Negation verharret. Für die, denen die Ewigkeit und die Unverrückbarkeit dieser Negation über allem Zweifel steht, ist damit die Finanzreform aussichtslos. Wie viele sind es aber, die wirklich mit diesem Glauben behaftet sind? Das Zentrum kann, wenn es sein muß, auch anders, das würde man im vorliegenden Falle nicht zum erstenmal erfahren. Aber es muß ihm nur erst klar geworden sein, daß es in der Tat nicht anders geht. Dazu bedarf es von der Regierung, und zwar von ihrer eindrucksvollsten Stelle aus, einer sehr viel deutlicheren Sprache, als sie der ausschlaggebenden Partei gegenüber bisher geführt worden ist. Das Zentrum mit irgendwelchen Konzessionen auf einem andern Gebiete gewinnen zu wollen, würde in dem vorliegenden Falle der unglücklichste Weg sein, den die Regierung einschlagen könnte. Man wird sie eines solchen Fehlers nicht für fähig halten wollen. Dagegen erscheint die Erwartung keineswegs unbegründet, daß die besonnenen Führer des Zentrums andre Saiten aufziehen werden, wenn sie die endgiltige Gewißheit haben, daß die Regierung unwiderruflich entschlossen ist, dem bisherigen finanzpolitischen Zustande unter allen Umständen ein Ende zu machen. Lasse man also nur den vollen Ernst der Situation herankommen! Dann wollen wir sehen.



Ungarn

Von Albin Geyer

(Schluß)



ie schon gesagt wurde, ist der Kreis, aus dem sich die Macht-haber in Ungarn zusammensetzen, sehr eng begrenzt. Die ursprünglichen Lenker des Staats, der höhere und der niedere Adel, vermorscht in seinem politischen und wirtschaftlichen Kern immer mehr und wird durch die sich an ihm emporrankenden und zum Teil sehr wenig rücksichtsvollen Elemente der Börse allmählich beiseite geschoben; er kommt zu gewissen Zeiten nur noch als hergebrachte Schau

und Zier des nationalen Staatswesens zur Geltung. Der Reichstag ist, auch nach dem Szellschen Gesetz gegen die Wahlkorruption, nichts weniger als eine wirkliche Volksvertretung nicht einmal der Ungarn, geschweige denn der nichtmagyarischen Völkerschaften. Man hat da nichts weniger und nichts mehr als die Vertretung einer bestimmten Klasse oder Clique vor sich, die sich aus Adel, Börse und ähnlichen Leuten zusammensetzt, nichts kennt als ihren eignen Vorteil und nichts will als die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Daß sich das am leichtesten macht, wenn man recht laut die nationale Glocke läutet und damit alle sonstigen Wünsche und Forderungen übertönt, ist begreiflich. Die Herrschenden kennen nur die Förderung und die Bevorzugung solcher Leute an, die sich ihnen dienstbar erweisen. So wird die ganze Politik der ungarischen Liberalen geleitet, an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen für das Land denkt man sonst nicht. Für den Mittelstand und die Arbeiter geschieht so gut wie gar nichts, und für die Hebung der „nationalen“ Industrie sorgt man, indem man gewissen Leuten, die sich der Gunst der herrschenden Partei würdig erwiesen haben, bei der Gründung neuer industrieller Anlagen ungemessene Fracht- und Zollvergütungen gewährt und sie so auf Kosten der Allgemeinheit reich macht, wenn sich nicht gar herausstellt, daß solche künstlich gezüchteten Industrien überhaupt lebensunfähig sind. Damit aber dem Unbefangnen, der dieses Treiben vielleicht durchschauen möchte, die Augen getrübt werden, wird in der „nationalen“ Presse, die dabei auch nicht leer ausgeht, mit übertriebnem Lärm von der Förderung der Landesindustrie und über die wirtschaftliche Emanzipation vom Auslande geredet, wobei man unter „Ausland“ vornehmlich Osterreich versteht.

Der erste Anfang davon liegt schon weiter zurück. Wann und wo immer Ungarn in Handel und Industrie einen selbständigen Schritt unternommen hat, geschah es jedesmal mit der ausgesprochenen Absicht, unter allen Umständen, auch mit bedeutenden Opfern österreichischen Unternehmungen Konkurrenz zu machen, um sich ganz auf eigne Füße stellen zu können. Der Osterreichischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurde eine ungarische entgegengestellt, der einstige Osterreichisch-Ungarische Lloyd mußte sich auf Triest zurückziehen und in Fiume der ungarischen „Adria“ Platz machen, in Eisenbahn- und Tariffragen, in den Handelsverträgen mit den Balkanstaaten mußten die Interessen Osterreichs immer gegen die ungarischen zurückgestellt werden. Die Schiffahrtsgebühren am „Eisernen Tore“ waren trotz allen Einwendungen Osterreichs und anderer beteiligter Staaten von Ungarn selbständig festgesetzt worden; freilich war Osterreich seinerzeit so schwach gewesen, den der habsburgischen Monarchie vom Berliner Kongreß erteilten Auftrag der Schiffbarmachung des „Eisernen Tores“ auf die ungarische Reichshälfte allein zu übertragen. In dem Vorgehn Ungarns lag immer der feste Wille, in dem Verhalten Osterreichs immer Schwäche. Insoweit wäre übrigens gegen die Maßnahmen Ungarns nichts einzuwenden gewesen, denn es ist jedermanns eigne Sache, ob er stark oder schwach sein will, wenn nur alles, was von Ungarn angestrebt wurde, im Innern gesund gewesen wäre und Gewähr für den Bestand leistete. Das ist nun freilich nicht durchweg der Fall, am wenigsten bei der ungarischen Industrie,

die in wenig Jahrzehnten aus dem Boden gestampft und von der Regierung mit ungeheuern Unterstützungssummen großgezogen worden ist. Den Fabriken Österreichs, die auf den Weltmärkten gegen den ausländischen Wettbewerb ohnehin schon schwer ankämpfen, hat man wohl den ungarischen Markt stark eingeengt, aber die ungarische Industrie damit noch nicht gesund und lebensfähig gemacht. Um das zu bewirken, suchte man durch Eisenbahntarife, den Ausschluß österreichischer Erzeugnisse bei allen staatlichen und städtischen Bauten usw. der ungarischen Industrie im Lande möglichst Absatz zu verschaffen. Es geschieht dies keineswegs nur aus magyarischem Selbstgefühl, das bloß vor dem eignen Volk hervorgekehrt wird, sondern in den meisten Fällen, um der notleidenden Industrie bessere Beschäftigung und lieben Parteigenossen einen Vorteil zuzuwenden. Wie das Land dabei fährt, darauf kommt der herrschenden Clique wenig an.

Nach der im vorigen Jahre vom ungarischen Handelsministerium unter dem Titel „Betriebs- und Arbeiterstatistik der Fabriken Ungarns im Jahre 1901“ herausgegebenen Zusammenstellung gab es in Ungarn 2642 Fabriken und fabrikmäßige Betriebe, von denen 1247 im Besitz von Privatfirmen, 744 in dem von Erwerbs- und Kommanditgesellschaften, 508 im Besitz von Aktiengesellschaften, 21 in den Händen von Genossenschaften, 91 in denen des Staats und 31 in der Verwaltung anderer Besitzer waren. Die Zahl der Arbeiter betrug im ganzen 259464 und macht nur wenig über 1,5 Prozent der Bevölkerung des Landes aus. Ungarn ist demnach noch lange kein Industriestaat und kann gar nicht daran denken, das Wohl seines Ackerbaues dem der Industrie nachzustellen. Mehr haben bisher die ungarischen Regierungen nicht erreicht, obgleich sie allen neuen Fabrikunternehmungen langjährige Steuerfreiheit, Zoll- und Frachterleichterungen, guten Freunden auch Staatsunterstützungen durch Geldzuschüsse gewährten. Ungarn kann darum im Ernst gar nicht wollen, durch hohe Industriezölle die bisher gewohnten Absatzwege für den Überschuß seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu gefährden, und unstreitig ist der Ruf nach der wirtschaftlichen Trennung von Österreich und der Errichtung eines selbständigen Zollgebiets kaum mehr als eine Drohung gegen die kleinstütigen Österreicher, die ohnehin bei jeder Gelegenheit jammern und den einzigen Weg zum Widerstande, den festen Zusammenschluß, nicht finden können. Die ungarischen Industriellen behaupten freilich, die Errichtung von Zollschranken an der Leitha werde ein gewaltiges Emporblühen ihrer Unternehmungen in der nächsten Zeit zur Folge haben, und das ist ja auch ohne Zweifel richtig, aber damit würde Ungarn noch immer kein Industriestaat, auch würden dadurch nicht die nachteiligen Folgen aufgehoben, die die vollständige Unterbindung oder auch nur eine starke Zollbelastung der landwirtschaftlichen Ausfuhr nach Österreich, dem heutigen Absatzmarkt für den Überfluß Ungarns, mit sich bringen müßte. Man wird nicht fehlgehn, wenn man diese Zollschutz- und Zolltrennungsbewegung für einen weiteren Beweis dafür ansieht, daß die ungarische Industrie nicht auf gesunden Füßen steht und nach Gewaltmitteln strebt, die ihr helfen sollen. Das *nem szabad* (es ist nicht erlaubt) hat ihr nicht geholfen. Schon seit Jahren treibt namentlich die kleine ungarische Presse ihr

Wesen mit dem Geschrei „Kauft nur bei Ungarn!“ nach bekannten Mustern. Nem szabad! Es ist nicht erlaubt, daß ungarische Staatsbürger in Wien Waren einkaufen; es schießt sich nicht, daß ungarische Kaufhäuser mit österreichischen Fabrikanten in Verbindung treten, es ist nicht zulässig, daß deutsche Schauspieler in Budapest auftreten. Nem szabad! Die nationalen Eiferer in Ungarn vergessen vor lauter Bemühungen, der Kultur im Lande ein magyarisches Mäntelchen umzuhängen, daß es bei ihnen noch sehr viele Gebiete gibt, auf die man die Kultur überhaupt erst verpflanzen müßte. Patriotismus und Industrie entwickeln sich nicht immer gleichmäßig, und man kann schließlich nur dort kaufen, wo etwas zu kaufen ist. Auch der eifrigste Magyare wird trotz aller Aufhegerei seiner journalistischen Berater doch bei Nichtungarn kaufen müssen, was er eben bei Ungarn nicht bekommt. Trotz des angeblich kolossalen Aufschwungs, den Ungarn in den letzten Jahrzehnten genommen haben soll, gibt es in der Welt noch unzählige Dinge, die „hinterwärts von Temesvár“ nicht hergestellt werden.

Noch sind die Ungarn lange nicht so weit, der innigen kaufmännischen Beziehungen zu Österreich entbehren zu können. Wie wenig der Schlachtruf „Los von Österreich!“ wirtschaftlich berechtigt ist, weiß man in verständigen ungarischen Kreisen auch ebenfogut wie anderswo. Vor drei Jahren äußerte sich ein angesehenener Parlamentarier im Neuen Pester Journal folgendermaßen über die wirtschaftliche Lage: „Wir wollen, wir müssen eine Industrie schaffen. Vorläufig haben wir nichts als den guten Willen. Alle übrigen Voraussetzungen mangeln, vor allem die wirtschaftliche Bildung, die fachlichen Kenntnisse, die ausdauernde Arbeit, die Respektierung derselben. Wozu uns darüber täuschen, daß wir uns in einer Periode des materiellen Abschwungs befinden? Wenn die Not wirklich die beste Lehrmeisterin ist, nun, so lernen wir endlich an dem eignen Schaden. Große, unternehmende Firmen, an die sich kein Zweifel herangewagt, sind ins Schwanken geraten. Andre flüchten sich unter das schützende Dach einer Rettungsgesellschaft auf Aktien. Die Hauptstadt kann seit zwei Jahren die Obligationen ihrer Anleihe nicht anbringen. Unsr Hochöfen und Mühlen verlöschen ihre Schlote, unsre Erz- und Kohlenlager bergen vergeblich ihre unerschöpflichen Reichtümer, während ringsum in der übrigen Welt die Not an Kohle und Eisen empfunden wird, so groß sind die Anforderungen an die Industrie. Unsr feinsten Pfandbriefe sind Ladenhüter der Emissionsinstitute geworden. Die Weizenlager sind infolge der verkehrten wirtschaftlichen Anschauungen unsrer Landwirte überfüllt, und die Getreidepreise sinken. Dazu der hochnotpeinliche Zinsfuß in der ganzen Welt, dieser Würgengel jeder Unternehmungslust! Handel und Wandel liegen danieder, der Pauperismus wächst an, der Sozialismus pocht dröhnend an die Pforten unsrer kaum noch bis zum tiers état gegliederten Gesellschaft. Unser Parlament bleibt stumm und tistelt am Staatsrecht. Es rührt sich keine Hand, regt sich kein leitender Gedanke, keine Initiative. Das ist der Fluch der mangelhaften wirtschaftlichen Erziehung.“ Nehmen auch wir an, daß hierbei in schlechter Stimmung um die Hälfte zu schwarz gesehen worden sei, rechnen wir aber noch hinzu die starke Korruption, von der hier begreiflicherweise keine Er-

wöhnung getan worden ist, und man kann sich daraus ein klares Bild vom ungarischen Wirtschaftsleben entwerfen.

Erst vor wenig Monaten hat bei der Budgetberatung der Handelsminister Hieronymi ein Klageged über an gestimmt, daß im Handel und in der Industrie Ungarns noch immer kein beachtenswerter Aufschwung zu sehen ist. Er meinte, es sei sehr unvorteilhaft für das Land, wenn es nur von der Landwirtschaft abhängt. Es müsse endlich auch einmal eine nennenswerte Industrie geschaffen werden, damit das Volk bei Mißernten wie in diesem Jahre nicht gleich an den Bettelstab gebracht werde, sondern noch auf andre Art seinen Verdienst finden könne. Landwirtschaft und Industrie könnten sehr gut nebeneinander bestehn, wie dies doch auch in dem mächtigen Deutschen Reiche der Fall sei. Warum sollte das nicht auch in Ungarn gelingen? — Diese Frage läßt sich freilich nicht so leicht bejahen. Die wirtschaftliche Rückständigkeit ist ein Erbübel aller rein agrarischen Länder, die wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands ist in der Stärke der deutschen Industrie begründet, und der Vorteil Österreichs über Ungarn besteht auch nur noch darin, daß es industriell stärker ist. An und für sich war also die ungarische Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, die sich die Schaffung und Stärkung der ungarischen Industrie zum Ziel setzte, durchaus angebracht. Aber man braucht nur Umschau zu halten in den jetzigen industriellen Anlagen Ungarns, und man wird erkennen, daß das ungarische Volk für industrielle Betätigung so gut wie gar keine Anlage und Lust hat. Auch die bestehenden industriellen Betriebe sind in der Mehrzahl von deutschen Ingenieuren gebaut worden und stehn unter der Leitung von Deutschen. Die sich Ungarn nennen, sind ausnahmslos ungarische Juden, was bei der fast führenden Rolle, die das Judentum in Ungarn spielt, nur selbstverständlich ist. Wenn eine industrielle Gründung im Lande erfolgt, sind es in den meisten Fällen Ausländer, die mit ihrem fremden Kapital Ungarn die Segnungen der modernen Industrie zuteil werden lassen. Im ungarischen Volke herrscht eine auffallende Abneigung gegen die industrielle und die kaufmännische Laufbahn, es fehlt ihm dafür jedes tiefere Verständnis. Wohl hat der Reichstag wieder dreihundert Millionen Kronen für das Handelsministerium bewilligt, aber sie werden auch nicht viel nützen, denn die seit Jahrhunderten bestehende Abneigung der Magyaren gegen den Betrieb von bürgerlichen Gewerben wird damit nicht überwunden werden, ganz abgesehen davon, daß die große Summe in der Hauptsache schwerlich in die rechten Hände kommen wird. Der junge Mann aus besserer Familie will lieber Advokat werden, damit selbstverständlich auch Politiker und Reichstagsabgeordneter, was viel glänzender aussieht und manchem auch Erkleckliches abwirft. Die Mehrzahl wirft aber bei dieser Laufbahn die Wurst nach der Speckseite und opfert nur ihr Vermögen.

Das laufende Jahr hat in Ungarn einen unverkennbaren Aufschwung in Handel und Industrie gezeigt, der auch im Sommer noch angehalten hat. Dafür wird das Land von einer landwirtschaftlichen Notlage heimgesucht, die es übrigens mit den übrigen mitteleuropäischen Ländern teilt, infolge des außerordentlichen Mangels an Regen. Anfang August, also zu einer Zeit, wo sonst

die Getreidepreise fallen, weil da die neue Ernte schon gedroschen wird, stiegen die Weizenpreise in Ungarn binnen wenig Tagen um 40 Prozent. Und daran war nicht die geringere Weizenernte schuld, die verhältnismäßig noch anging, sondern die Aussicht auf den fast gänzlichen Ausfall der Ernte an Mais, Kartoffeln, Rüben usw. Im Jahre 1903 wurden über achtzig Millionen Zentner Mais, hundert Millionen Zentner Kartoffeln und gegen hundert Millionen Zentner Rüben aller Art gebaut, der diesjährige Ertrag dürfte sich kaum auf den zehnten Teil belaufen. Dazu ist von der zweiten Heuernte kaum die Rede. An Getreide ist seit Jahrzehnten auf der Erde kein Mangel, und jeder Betrag kann mit verhältnismäßig billigen Kosten zu jeder Zeit herbeigeschafft werden; das ist ja das eigentliche Kreuz unsrer Landwirtschaft. Futtermittel sind dagegen aus dem Auslande weit schwieriger oder auch gar nicht zu erhalten und heuer in den Nachbarländern überhaupt nicht zu haben. Der ungarische Landwirt hat sich darum schon genötigt gesehen, jedes entbehrliche Stück Vieh zu verkaufen, da er keine Aussicht hat, es bis zum Frühjahr durchzubringen. Infolgedessen dürften im kommenden Winter die Nahrungsmittelpreise im Lande eine Höhe erreichen, die es sogar den in der Industrie Beschäftigten schwer machen wird, ihr Auskommen zu finden, falls überhaupt die regere industrielle Tätigkeit anhält, was sehr zu bezweifeln ist. Die Landwirtschaft ist an und für sich eher in der Lage und auch gewöhnt, sich durch kargliche Jahre durchzuschlagen, aber sie wird an dem Kapitalverlust, den sie durch den Rückgang des Viehbestandes erleidet, noch jahrelang franken. Nun ist die Lage des Grundbesitzes, wie schon eingangs angedeutet worden ist, überhaupt keineswegs günstig. Die mangelhafte Wirtschaft des zu viel politisierenden und deshalb auf der eignen Scholle schlecht vorwärtskommenden Magyaren und die Folgen des schrankenlosen wirtschaftlichen Individualismus, der in der konstitutionellen Zeit den finanziell Schwachen rücksichtslos ausbeuten läßt, haben eine übermäßige Verschuldung und einen geradezu furchtbaren Wechsel des Grundbesitzes hervorgerufen. Dieses Unheil verfolgt alle Schichten des Grundbesitzertums ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens. Der Bauer seufzt dabei unter dem schweren Steuerdruck, denn die Steuern in Ungarn sind sehr hoch. Während sich aber die herrschende Clique ebenso wie im benachbarten Galizien der Steuerpflicht bis zu einem gewissen Anstandsbetrag zu entziehen weiß, werden die Abgaben von den Bauern mit großer Härte eingetrieben.

Der größte Teil der Magnaten hat seine Herrschaften an Juden verpachtet, die dann noch häufig Unterpächter einsetzen. Infolge davon steht ein großer Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter und auch der kleinern Besitzer im Frondienst der jüdischen Gutspächter, die den Ackerbau auf ihre Art treiben, gern den Besitzer zu Spekulationen verleiten, um ihm dann bei Geldklemmen zu helfen und auf diese Art schließlich zu verdrängen. In vielen Gegenden ist man äußerst mißtrauisch gegen diese Leute, und man findet auch in vier Komitaten, den beiden siebenbürgischen Hermannstadt und Kronstadt, dem Szekler Komitat Udvarhely und in der slowakischen Arva keine jüdischen Gutspächter. Trotzdem machen sie in ganz Ungarn zwei Drittel aller landwirt-

schastlichen Pächter aus, die den achten Teil der Ackerländereien in den Händen haben. Bei dem Fleiß, der Anspruchslosigkeit und Pünktlichkeit in Geschäften, durch die sich die Juden auszeichnen, werden sie leicht erst die Gläubiger, dann die Nachfolger der Grundbesitzer. Die Zahl der Besitzwechsel ist von 193 000 im Jahre 1875 auf 330 000 im Jahre 1901 gestiegen, und es handelt sich dabei meist um den Verkauf mittlerer und kleinerer Besitzungen, da gegen vierzig Prozent des Grundbesitzes als Staats-, Kirchen- oder Fideikommißgut überhaupt nicht verkäuflich ist. Erschreckend hoch ist auch die hypothekarische Verschuldung des Grundbesitzes, die mit dritthalb Milliarden Kronen keineswegs überschätzt wird. Die hohe Zinsenlast und der Steuerdruck erschweren das Gedeihen der Landwirtschaft in hohem Maße, und das heurige Fehljahr ist nur zu sehr geeignet, die Lage aufs neue zu verschlimmern. Am meisten Boden haben die Juden unter den Magyaren gewonnen, viel weniger bei den Rumänen und Slowaken und am wenigsten bei den Szeklern und Deutschen. Vor zwei Jahren schrieb darüber der „Budapester Hirlap,“ ein sonst waschechtes liberales Blatt: „Was ist aus dem gottgesegneten Südungarn, einst die Kornkammer und der Garten unsrer Vorfahren, jetzt geworden? In dieser fruchtbarsten Gegend unsers Vaterlandes haben sich der Hunger und das Elend eingenistet. Noch vor wenig Jahren wohnten hier reiche, stolze und sogar etwas unbotmäßige Bauern. Sie sind seither zum Teil mit dem Bettelsack auf dem Rücken nach Amerika, Rumänien, Serbien und Bulgarien ausgewandert, zum Teil sind sie armselige Sklaven geworden. Im letzten Jahre haben in einem einzigen Verwaltungsbezirke Südungarns 500 Bauernfamilien mit 1500 Köpfen die Heimatscholle für immer verlassen, und während der nächsten Wochen werden abermals 500 bis 600 Bauerngüter unter den Händen, die Straßer und König, Sigmund Weiß, Karl Levy u. a. Ihre Agenten sind eines Tags in diese Gegend gekommen und haben den Verkauf der Frucht auf dem Halme eingeführt, diese allerärmste Gattung des betrügerischen Wuchers, dessen schreckliche Folgen jetzt das Land entvölkern.“

Man darf demnach nicht behaupten, daß der Öffentlichkeit, den leitenden Kreisen und der herrschenden Partei die Lage unbekannt sei. Es ist aber gerade so und in gewisser Beziehung noch schlimmer als in Galizien, denn die herrschende Partei wird längst von gewissen Kreisen beherrscht. Die haben aber ein lebhaftes Interesse daran, die Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen Schäden im Lande abzulenken und dafür den leicht erregbaren Nationaldünkel der Magyaren anzufachen. Kenner des Landes sind gar nicht im Zweifel darüber, daß die „nationalen“ Bewegungen mit den darauf folgenden Theater-spektakelstücken im Reichstage meist von langer Hand geschickt vorbereitet worden sind, damit die Öffentlichkeit immer genügende politische Beschäftigung und kein Mensch Zeit hat, ernsthaft an wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten zu denken. Ob dabei die Krone verlegt und die andern im Lande lebenden Nationalitäten erbittert werden, ist den Veranstaltern der großmagyarischen Agitationen recht gleichgiltig, wenn ihnen nur die Gelegenheit günstig bleibt, unter patriotischer Maske ihr Schäfchen zu scheren. Zu Selbsthilfe ist der

ungarische Landwirt noch viel weniger angelegt als sein Kollege in Deutschland. Der ungarische Bauer vermag die Vorteile des Genossenschaftswesens nur langsam einzusehen, um so mehr da viele Leute allen Grund haben, sie ihm als „Beschränkung seiner persönlichen Freiheit“ auszureden. Es sind wohl hier und da wirtschaftliche Berufsgenossenschaften entstanden, sie sind aber meist wegen Unfähigkeit der zur Leitung berufenen kaufmännischen Angestellten bald wieder eingegangen oder fristen nur ein kümmerliches Dasein. Nur den Kreditgenossenschaften geht es besser, namentlich seitdem sie sich auf Betreiben des Grafen Alexander Karolyi zu einem Zentralverband zusammengeschlossen haben, dem auch der Staat einen bedeutenden Zuschuß gewährt. Auf dem sechsten internationalen Genossenschaftskongreß, der in der ersten Septemberwoche in Budapest abgehalten wurde, betonte auch Graf Karolyi mehrfach, daß das Genossenschaftswesen vor allem dazu bestimmt sei, gegen den in so vielen Formen auftretenden verheerenden Wucher Front zu machen und das Volk gegen die Übergriffe des finanziell Stärkern zu schützen.

Die Folgen dieses unerträglichen Zustandes der landwirtschaftlichen Verhältnisse sind in Ungarn eine ungeheuer hohe Auswanderungszahl wie in Italien und Galizien und außerdem das Überhandnehmen der Sozialdemokratie in der verarmten landwirtschaftlichen Bevölkerung. Es ist keineswegs Übermut, sondern die bittere Not, was die ungarischen Bauern treibt, die heimische Scholle, an der sie sonst mit aller Liebe und Treue hängen, zu verlassen und in der Fremde Arbeit zu suchen. Übervölkerung hat das Land nicht, denn auf den Quadratkilometer kommen nur 58 Bewohner, dabei leidet die Landwirtschaft unter empfindlichem Arbeitermangel, und auch der Industrie fehlt es an Arbeitskräften. Trotzdem sind allein aus Ungarn im Jahre 1903 nach den Vereinigten Staaten über 100 000 Personen ausgewandert. Die Nachteile davon zeigen sich schon bei der Rekrutierung. Im letzten Jahre hatten sich im Zipser Komitat 5287 Stellungspflichtige zu melden, es kamen aber nur 2042 Mann; die meisten Ausgebliebenen hatten das Land verlassen, und von den Anwesenden wurden nur 451 tauglich befunden. Zu den Ursachen der Auswanderung kommt allerdings noch hinzu die Behandlung, die den nichtmagyarischen Nationalitäten zuteil wird. Alle Aufwendungen aus Staatsmitteln kommen nur den Magyaren zugute, alle andern haben nichts zu erwarten als mehr oder minder gehäßige Magyarisierungsmaßregeln. Aus begreiflichen Gründen wandten sich die ungarischen Auswanderer bisher über die deutschen Häfen. Um dem zu begegnen, hat die ungarische Regierung eine ganz den dortigen Anschauungen entsprechende Maßregel ergriffen und zwingt die Auswanderer, über den Hafen Triume zu gehn. Zu dem Zweck hat sie mit der englischen Cunardlinie einen Vertrag abgeschlossen, worin sie dieser mindestens 30 000 Auswanderer im Jahre zu liefern verspricht, warum sie einfach angeordnet hat, daß alle Auswanderer über Triume zu gehn haben. Daß dadurch für diese Leute eine Verlängerung der Reise um mindestens zwölf Tage entsteht, fällt bei dem „nationalen“ Standpunkt der Regierung ebensowenig ins Gewicht, wie die Tatsache, daß sie der Cunardlinie 180 Kronen

Überfahrtsgebühr zugestanden hatte, während die Gesellschaft in Triest Auswanderern die Überfahrt nach Newyork für 70 Kronen anbot. Ein Auswanderer hätte also nur die geringe Eisenbahnfahrt von Fiume nach Triest zurückzulegen brauchen, um über 100 Kronen zu ersparen, wenn — er einen Poß erhalten könnte, aber die werden von der ungarischen Regierung nur über Fiume ausgestellt. Schließlich hat sich die Cunardlinie einverstanden erklärt, die Überfahrt vom September ab für 120 Kronen zu leisten. Wer über deutsche oder niederländische Häfen auswandern will, wird von den ungarischen Behörden in jeder Weise gemafregelt, von Verwandten in Amerika schon bezahlte Billetts werden den Auswanderern einfach weggenommen. Die Cunardlinie ist bisher trotzdem noch nicht auf ihre Kosten gekommen, Geschäfte haben bloß das Budapester Fahrkartenbureau und die ungarische Dampfschiffahrtsgesellschaft „Adria“ gemacht, die für jeden der Cunardlinie zugewiesenen Passagier von dieser eine Kommissionsgebühr von 40 Kronen beziehen. An der Spitze dieser beiden Gesellschaften stehn freilich die einflußreichsten ungarischen Persönlichkeiten, und Fiume ist nun einmal der nationale Hafen, dem um jeden Preis Verkehr verschafft werden soll. Das hat auch Tizza im Abgeordnetenhaus unter allgemeiner Zustimmung ausdrücklich erklärt. Man ersieht aus diesem lehrreichen Beispiel, wie im „freiheitlichen“ Ungarn Recht, wirtschaftliche und soziale Fragen aufgefaßt werden. Selbstverständlich ist dieser gewaltsame Ausschluß der deutschen Dampferlinien in Deutschland übel vermerkt worden, und die unfreundliche Haltung Ungarns wird sicher bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht ohne Nachwirkung bleiben. Wie aber die Sachen liegen, wird jedenfalls Österreich noch einmal in irgend einer Form die Beche dafür bezahlen müssen, denn die Magyaren werden ihre politische Überlegenheit sicher wieder so auszunützen wissen, daß ihnen nichts geschieht.

Im Gegensatz zu andern Ländern hat die moderne sozialistische Bewegung in Ungarn vor allem auf dem Lande Fuß gefaßt. Natürlich sind auch da die Führer nicht Arbeiter oder Kleinbesitzer, die ihre Landsleute an Wissen oder geistiger Überlegenheit überragen, sondern ausschließlich Agitatoren, die mit der sozialistischen Propaganda ein ihren Mann nährendes Geschäft betreiben. Der Agrarsozialismus ist übrigens seit langer Zeit eine in Ungarn verbreitete äußerst bedenkliche Erscheinung, und zwar war sie ursprünglich nur in der ungarischen Landbevölkerung zuhause. Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre tobte in Ungarn ein förmlicher Bauernkrieg, der nicht ohne Anstrengung mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde. Ein halbes Jahrhundert später wiederholten sich im Alföld die Aufruhrszenen derselben Art und desselben Ursprungs, die abermals durch das Militär unterdrückt werden mußten, wobei reichlich Blut floß, aber eine Veränderung ihres Loses haben sich die ländlichen Arbeiter damit nicht erkämpft. Ihr kommunistisches Verlangen lautet einfach: Jedem seine Hütte, jedem seinen Acker. Willig findet in diesen Kreisen und noch mehr unter den armen slowakischen und rumänischen Feldarbeitern die so verlockend erscheinende Lehre vom riesigen Verdienst im Zukunftsstaat, von der Aufteilung des herrschaftlichen Grund und Bodens usw. Gehör, und es bedarf oft nur eines geringen Anlasses,

meist einer neuen Auswucherung, einen lokalen Aufstand zu entfachen. Ein solcher ist erst wieder im April in Elezd ausgebrochen, wobei wieder die moderne Bewaffnung der Gendarmen und des Militärs ihre blutige Wirkung tat. Der kommende Notstand erweckt die Befürchtung, daß sich abermals Aufruhr- und Blutzzenen ereignen werden, über deren mögliche Ausdehnung höchstens Vermutungen ausgesprochen werden könnten.

Ein Gebiet, wo Ungarn Österreich tatsächlich weit überholt hat, ist die Eisenbahnpolitik. Schon Tisza hatte die einleitenden politischen Schritte getan, die Herrschaft der Staatsgewalt über die Bahngesellschaften herzustellen; darauf schritt man nach dem Beispiel Preußens zu einer umfangreichen Verstaatlichung, sodaß schon 1894 mehr als drei Viertel des ungarischen Eisenbahnnetzes in den Händen des Staats waren. Seit jener Zeit hat sich wenig geändert, aber Ungarn ist vollständig Herr seiner Tarifpolitik. In Österreich ist dagegen noch nicht einmal die Hälfte der Bahnen verstaatlicht, und man hat dabei meist wenig einträgliche, ja fast notleidende Strecken gewählt, die große Neuanschaffungen brauchten und noch heute nur mäßigen Ertrag abwerfen. Nicht einmal die strategischen Rücksichten wurden dabei gewahrt, und noch heute sind die beiden wichtigsten Eisenbahnlinien, die Südbahn und die ungemein einträgliche Nordbahn, in Privathänden, oder eigentlich in den Händen Rothschilds und seiner Getreuen, die keine Verstaatlichung wollen. So bleiben Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie gerade auf den bedeutendsten Schienenwegen der Ausbeutung durch private Gesellschaften ausgesetzt, während Ungarn in der Lage ist, eine seinen wirtschaftlichen Interessen dienende Tarifpolitik durchzuführen. Das hat man in Österreich besonders seit dem Walten des „eisernen“ ungarischen Handelsministers Baros verspürt, der unbekümmert um die Verträge die ungarischen Eisenbahntarife zu wahren Kampftarifen gegen Österreich gestaltete. Hätte die österreichische Regierung die beiden genannten Bahnen in den Händen, so könnte sie den Ungarn kräftig entgegenwirken. Mit der Verstaatlichung der Südbahn wäre zwar kein glänzendes Geschäft zu machen, trotzdem hätte sie schon längst durchgeführt werden müssen, da die Bahn die einzige Verbindung zwischen Wien und Triest ist, und ihre Tarifpolitik die Hauptursache davon ist, daß der Handel Österreichs nach der Levante und dem weitem Osten stetig im Rückgange begriffen ist, daß Triest und der „Österreichische Lloyd“ nicht aufkommen kann. Man verfrachtet in den meisten Fällen von Wien nach dem Orient über Hamburg billiger als über Triest, die Industrie in Böhmen, Mähren und Schlesien zieht schon längst den Weg über Hamburg vor. Da hätte längst die Regierung Abhilfe schaffen müssen. Körber tut es neuerdings, indem er auf Staatskosten eine zweite Eisenbahnverbindung zwischen Wien und Triest bauen läßt, also wieder eine teure Gebirgsbahn. Aber in Österreich sind die Alpen leichter zu überwinden als der Widerstand der Rothschilds. Die Ursache liegt aber auch hier wieder in Ungarn. Nach seiner natürlichen Anlage kann Fiume auch nicht im entferntesten den Vergleich mit Triest aushalten; wenn es trotzdem nicht ohne Erfolg mit ihm konkurriert, so liegt das an der ungarischen Verkehrs- politik. Zunächst widersetzt es sich jeder Verstaatlichung der Südbahn, die

mit einem Drittel ihrer Linien auf ungarischem Gebiet liegt, und außerdem begünstigt es seinen „nationalen“ Hafen in der auffälligsten Weise durch den Tarif, sodaß man von Wien über Budapest nach Fiume (857 Kilometer) billiger fährt als auf der nur 589 Kilometer langen Strecke Wien-Triest.

Das sind ganz unerträgliche Verhältnisse, die Gewerbe und Industrie in Österreich stark belasten. Seit einigen Jahren nimmt man an den maßgebenden Stellen in Wien Anläufe, den österreichischen Handel wieder zu heben. Das Handelsministerium hat sich um die Gründung von Exportyndikaten bemüht, der Minister des Äußern, Graf Goluchowski, hat wiederholt Anregungen zur Beteiligung am Welthandel gegeben und betreibt die Verstärkung der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte zum Schutze des überseeischen Handels der Monarchie. Aber das stößt alles auf den Widerstand der Ungarn, die bloß ihre Kirchturminteressen verfolgen, die freilich von der Erweiterung des Welthandels zunächst nichts zu erwarten haben. Graf Apponyi brachte in den Delegationen von 1898 die Flottenpläne durch die Erklärung zum Fall, er sei nicht geneigt, „überseeischen Expansionsideen, die der Minister des Äußern vermuten ließ, zu Lasten der ungarischen Steuerträger Opfer zu bringen.“ Ungarn zeigt nur das Bestreben, bei jedem Ausgleich und bei jeder Tarifmaßregel möglichst große Vorteile für sich auf Kosten Österreichs herauszuschlagen, und vergißt dabei vollkommen, daß es viel höhere und wichtigere Interessen der Gesamtmonarchie gibt, die bei der bisherigen Behandlung der wirtschaftlichen Angelegenheiten zurückbleiben und verarmen muß, wovon die Rückwirkungen doch auch auf Ungarn nicht ausbleiben werden, das ja nur aus der Übervorteilung Österreichs und keineswegs aus eigener Kraft stärker geworden ist. Die wirtschaftlichen Beziehungen der habsburgischen Monarchie zu den Balkanländern sind heute noch mehr als früher zu einer Lebensfrage geworden, und noch gegenwärtig übertrifft ihre Ausfuhr nach der Türkei die des rührigen Deutschen Reichs beinahe um das Doppelte, und in den übrigen Balkanländern stellt sich das Verhältnis noch günstiger, aber bisher ist immer die ungarische Kampfpolitik gegen diese Länder bei den Handelsverträgen maßgebend gewesen. Mußte doch bei der Erweiterung des bosnischen Bahnnetzes vor wenig Jahren Österreich die kleine schmalspurige Bahn von Bugojno nach Arzano, die für die österreichischen Bahnen einen bequemen Anschluß nach Spalato brachte, förmlich erbetteln, während eine neue direkte Verbindung von Budapest nach Serajewo schon gesichert war. Ebenso einseitig werden auch die Verhandlungen über den gemeinsamen Zolltarif und die Handelsvertragsverhandlungen auf ungarischer Seite betrieben, obgleich die Zwischenverkehrsstatisik den unwiderleglichen Beweis dafür geliefert hat, daß Ungarn im Wechselverkehr mit Österreich den größern Vorteil hat, während die Magyaren früher das Gegenteil behaupteten.

Überschaut man nochmals die Gesamtlage der Monarchie, so läßt sich nicht bestreiten, daß Ungarn auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete das möglichste zu seinen Gunsten herausgedrückt hat, so viel sich nur unter geschickter Ausnutzung der gegebenen politischen Formen erreichen ließ. Aber die Staaten und Völker leben nicht von politischen Formen allein, vielmehr

bilden sich diese nach den ausschlaggebenden Lebensfragen im Laufe der Zeiten um. Einige dem anscheinend widerstreitende Jahrzehnte ändern an dieser politischen Wahrheit nichts, wenn sie auch einen Staat vielleicht dauernd zurückzubringen vermögen. Weder der große politische Fehler von 1867, noch die parlamentarische Verfahrenheit in Österreich, auch schließlich nicht die unendliche Nachgiebigkeit eines Monarchen, bei dem noch Jugendeindrücke aus den Jahren 1848/49 lebendig sind, können auf die Dauer verhindern, daß unmögliche Zustände einer vernünftigeren Ordnung Platz machen. An die Selbständigkeit Ungarns ist in keinem Falle zu denken, da die Aufrollung dieser Frage nicht nur auf den Widerstand der Dynastie, sondern auch auf den Rußlands und Deutschlands stoßen würde, ebensowenig an die Umwandlung des Dualismus in die reine Personalunion. Der „König von Ungarn“ hat endlich genug gegeben und so wenig Dank dafür gehabt, als daß sich nicht auch einmal der „Kaiser von Österreich“ in ihm regen sollte. Bei der Heeresfrage hat sich das schon gezeigt, und die staatsmännisch angelegten oder erfahrenen Männer in Ungarn wissen ganz genau, daß in diesen Richtungen weder bei Kaiser Franz Joseph noch bei seinem Nachfolger etwas zu erreichen ist. Daran wird weder der von der neuen Banffypartei und von dem neuerstandnen „ungarischen kaufmännischen Landesverband“ adoptierte Ruf „Los von Österreich,“ noch die aus Kreisen der Unabhängigkeitspartei an den Thronfolger gebrachte Insinuation, man werde seinen in morganatischer Ehe gebornen Sohn in Ungarn als König anerkennen, etwas ändern. Wir leben nicht mehr in den Zeiten des Dreißigjährigen Kriegs; im Zeitalter der Großstaatswirtschaft und Weltpolitik wirken solche kleinpolitische Ideen einfach abgeschmackt.

Bei aller Anerkennung der formellen politischen Tüchtigkeit der Magyaren kann nicht übersehen werden, daß sie ihren Höhepunkt, den sie auch nur infolge der gewollten Revanchepolitik für Königgrätz und der damit zusammenhängenden Folgen in und für Österreich erreichen konnten, überschritten haben. Sie entbehren der wirtschaftlichen Eigenschaften, die allein einer politischen Staatenbildung den festen Rückhalt gewähren können. Ihre Industrie ist krank und schwach, ihr Ackerbau geht rascher zurück als in andern Ländern, die heute durch Begünstigung oder eigne geschäftliche Fähigkeit zu etwas gekommen sind, gehören nicht zum Stamme der Magyaren, wenn sie sich auch geschwind für fünfzig Kreuzer einen ungarischen Namen kaufen. Die Magyarisierung hat trotz allem Regierungsdruck keineswegs die erwarteten und die Zukunft sichernden Fortschritte gemacht, die härtern Maßregeln der letzten Jahre und namentlich das Verlangen nach einer magyarischen Armee haben den Widerstand noch verschärft, und man kann doch nicht alle der Cunarlinie überliefern, die durchaus keine Magyaren werden wollen. Schwere Fehler der liberalen Partei, namentlich der von Bekerele ganz unnötig geführte Kulturkampf und die mehr oder weniger offen betriebene Korruption haben eine Parteizersezung eingeleitet, die noch in den Anfängen steckt, aber durch den immer schärfer hervortretenden Gegensatz der agrarischen und der kapitalistischen Interessen die liberale Partei sprengen oder zersetzen wird. Das wird nicht

auf einmal gesehen, aber das Treiben der Talmimagyaren wird schließlich den Adel und verwandte Kreise nötigen, sich der Krone zu nähern und eine Art von konservativer Partei zu bilden, die auch unter der nichtmagyarischen Bevölkerung eine Stütze finden wird. Die Anfänge dafür haben sich schon seit Welerles Zeiten, namentlich aber bei den beiden letzten Wahlen gezeigt. Die liberale Partei wird gut tun, in der nächsten Zeit mit der in Ungarn immer üblichen Rücksichtslosigkeit Zolltarif, Handelsverträge und Ausgleich durchzusetzen, sonst dürfte sie bald einem politischen Chaos Platz machen.



Die Ausbildung der Verwaltungsbeamten in Preußen

Von Carl Regenborn

(Schluß)



ieser Auffassung gab auch der preußische Finanzminister im Herrenhause Ausdruck, und auch Professor Löning meinte im Gegensatz zu Professor Dernburg, daß sechs Semester vollständig genügten, wenn sie ordentlich ausgenützt würden.

Die Grundbegriffe der Staatswissenschaften könnten also bei zweckmäßiger Anordnung wohl auf der Universität erworben werden, aber man darf sich doch wohl keiner Täuschung darüber hingeben, daß für ein erfolgreiches Studium dieser Wissensgebiete die meisten Studenten noch nicht reif sind. Staatsrecht wird auch wohl schon auf der Universität gründlich getrieben werden können, bei dem Verwaltungsrecht aber und bei dem Studium der Nationalökonomie wird fast in allen Fällen die genügende Kenntnis der Verhältnisse fehlen, auf die sich diese Wissenschaften beziehen. Minister Bosse hat in seinen in der Kreuzzeitung veröffentlichten Aufsätzen*) eine Äußerung des frühern hannoverschen Ministers Bacmeister angeführt, die hier wiedergegeben zu werden verdient. Es sei dabei bemerkt, daß Bacmeister einmal von Bennisgen einer der seit Menschengedenken befähigsten Beamten genannt worden ist, und Bosse fügt hinzu, daß er einer der vorzüglichsten Beamtenzieher gewesen sei, die das vorige Jahrhundert hervorgebracht habe. Bacmeister also schreibt: „Wie soll die Jugend von Bodenrente, Arbeitslohn, Wert und Preis, Wechselkurs usw. etwas verstehen? Von gerechter Veranlagung der Steuern, ausgiebiger Nutzung der Domänen und Regalien? Alles dieses kommt erst zu deutlicher Anschauung und zum Verständnis, wenn man eine Zeit lang im Leben gestanden, gewirkt und vielleicht vielfach geirrt hat. Da nicht, wie im Rechte, die Begriffe gesetzlich fixiert sind, so entsteht eine Ungewißheit und ein Schwanken, sodaß der Zuhörer schließlich selbst verwirrt wird.“

Bosse kann dem nicht ganz beipflichten, er meint, es komme wesentlich auf den Lehrer an, aber nicht jeder findet eben einen Lehrer, wie er ihn in

*) Nr. 211, 213, 215, 217 der Kreuzzeitung von 1901.